

Die deutschen Bundesgartenschauen : Rückblick und Ausblick auf ihre Organisation, ihre Aufgaben und Probleme sowie ihre Auswirkungen auf die städtebauliche Grünplanung

Autor(en): **Olschowy, Gerhard**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und
Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **15 (1958)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-783362>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die deutschen Bundesgartenschauen

Rückblick und Ausblick auf ihre Organisation, ihre Aufgaben und Probleme sowie ihre Auswirkungen auf die städtebauliche Grünplanung

Von Dr. Gerhard Olschowy, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn

Von ausländischen Besuchern der deutschen Bundesgartenschauen wird häufig die Frage gestellt, wie es möglich ist, Gartenschauen solchen Umfanges in so kurzen Abständen zu erstellen und zu finanzieren. In der Tat fanden die Reichsgartenschauen in der Zeit vor dem Kriege nur in grossen Zeitabständen statt. Die *Beweggründe* für die Durchführung einer Gartenschau nach dem Kriege sind in erster Linie in dem Wiederaufbauwillen der kriegszerstörten Städte zu suchen. Eine Bundesgartenschau bietet nicht nur die Möglichkeit, eine grössere Dauergrünanlage wiederherzustellen oder neu zu gestalten, sie schliesst auch den Ausbau des gesamten Grünflächensystems einer Stadt ein und ist nicht selten die Triebfeder des Wiederaufbaus überhaupt. So bezeichnete der Regierende Bürgermeister der Hansestadt Hamburg, *Max Brauer*, die Internationale Gartenbauausstellung 1953 als die grösste motorische Kraft für den Wiederaufbau der zerstörten Stadt. Der Baudirektor von Kassel, *Wolfgang Bangert*, berichtete, dass ein Rundgang durch die in neuer Gestaltung begriffene Innenstadt deutlich macht, «wie mächtig sich der Impuls, der von der Bundesgartenschau ausgegangen ist, auch im übrigen Aufbau der Stadt ausgewirkt hat».

Diesen vorteilhaften Einfluss auf die städtebauliche Planung erkannten sehr bald viele Städte. So wird es verständlich, dass in rascher Folge 1949 Landau, 1950 Stuttgart, 1951 Hannover und Fürth, 1952 Essen, 1953 Hamburg, 1954 Ludwigsburg, 1955 Kassel und 1957 Köln eine Gartenschau durchführten. Wenn auch streng genommen nur Hannover, Hamburg, Kassel und Köln sogenannte «Bundesgartenschauen» im eigentlichen Sinne waren, so unterscheiden sich jedoch die genannten Veranstaltungen im grundsätzlichen nur unwesentlich voneinander.

Organisation

Die Veranstalter einer Bundesgartenschau sind die Stadt und der Berufsstand. Letzterer wird verkörpert durch den Zentralverband des deutschen Gemüse-, Obst- und Gartenbaus, also jener Dachorganisation des deutschen Gartenbaus, in der fast alle gärtnerischen und gartenkulturellen Vereine und Verbände zusammengeschlossen sind. In einem Vertrag zwischen Stadt und Zentralverband werden die organisatorischen Einzelheiten der Veranstaltung sowie die Rechte und Pflichten der Partner festgelegt. Während die Stadt der finanzielle und wirtschaftliche Träger des Unternehmens ist, stellt der Verband die Mitarbeit und Leistungskraft des gärtnerischen Berufsstandes und seine Erfahrungen in den Dienst der Sache. Im allgemeinen wird eine vorhandene städtische Ausstellungsgesellschaft oder eine entsprechende Institution, die er-

forderlichenfalls neu gegründet werden muss, damit beauftragt, die Veranstaltung organisatorisch vorzubereiten und durchzuführen. An der Spitze steht die sogenannte Gesamtleitung, in der die Veranstalter in einem festgelegten Anteil vertreten sind; ihr sind alle grundsätzlichen Entscheidungen vorbehalten. Die Gesamtleitung setzt verschiedene Ausschüsse ein, von denen einer mit den Fragen der Gestaltung und Planung beauftragt ist. Im Einvernehmen mit dem Bund deutscher Garten- und Landschaftsarchitekten (BDGA) wird ein Wettbewerb nach den Grundsätzen und Richtlinien für Wettbewerbe auf dem Gebiet des Bauwesens und des Städtebaues (GRW 1952) öffentlich ausgeschrieben, um geeignete Ideen und Entwürfe zu erhalten. Die Preisträger werden, dem § 21 der genannten Richtlinien entsprechend, in die späteren Entwurfs- und Detailplanungen eingeschaltet.

Die Kosten für eine Gartenschau hängen weitgehend davon ab, wieweit neue Hochbauten und Verkehrseinrichtungen, wie Brücken und Strassen, erstellt werden müssen. Die Gesamtkosten der einzelnen Bundesgartenschauen sind daher auch sehr unterschiedlich und bewegen sich etwa in der Spanne von 6 bis 20 Millionen DM. Die Finanzierung liegt in Händen der Stadt, die die Ausgaben vorlegen muss; lediglich für Lehrschauen werden vom Staat Zuschüsse gewährt. Da sich die Vorbereitungen einer Gartenschau auf längere Zeit erstrecken, verteilen sich auch die finanziellen Aufwendungen im Etat der Stadt auf mehrere Jahre. Die Einnahmen ergeben sich im wesentlichen aus den Eintrittsgeldern — die Besucherzahlen schwanken zwischen 3 und 6 Millionen —, aus Mieten und Pachten von Gaststätten und sonstigen Einrichtungen sowie unmittelbar aus dem erhöhten Steuerertrag der Stadt.

Problematik der Bundesgartenschauen

Wie die bisherigen Bundesgartenschauen gezeigt haben, sollen sie, den Absichten der beiden Veranstalter entsprechend, Gartenschau und Leistungsschau zugleich sein. Das gestalterische Werk wird verbunden mit der Ausstellung von Pflanzen und gärtnerischen Erzeugnissen. In vergleichenden Schauen soll ein Querschnitt durch die Leistungen vornehmlich des deutschen und bei internationalen Ausstellungen auch gleichberechtigt des ausländischen Gartenbaus in allen seinen Zweigen gegeben werden. Der Leistungswettbewerb auf dem Gebiet der Topfkulturen und Schnittblumen, von Obst und Gemüse berührt die eigentliche Gartenschau des Freilandes wenig. Hier finden Sonderschauen in Hallen statt, die ohne Zweifel Höhepunkte im Jahresablauf der Gartenbauausstellung sind. Erfahrungsgemäss üben sie eine besondere

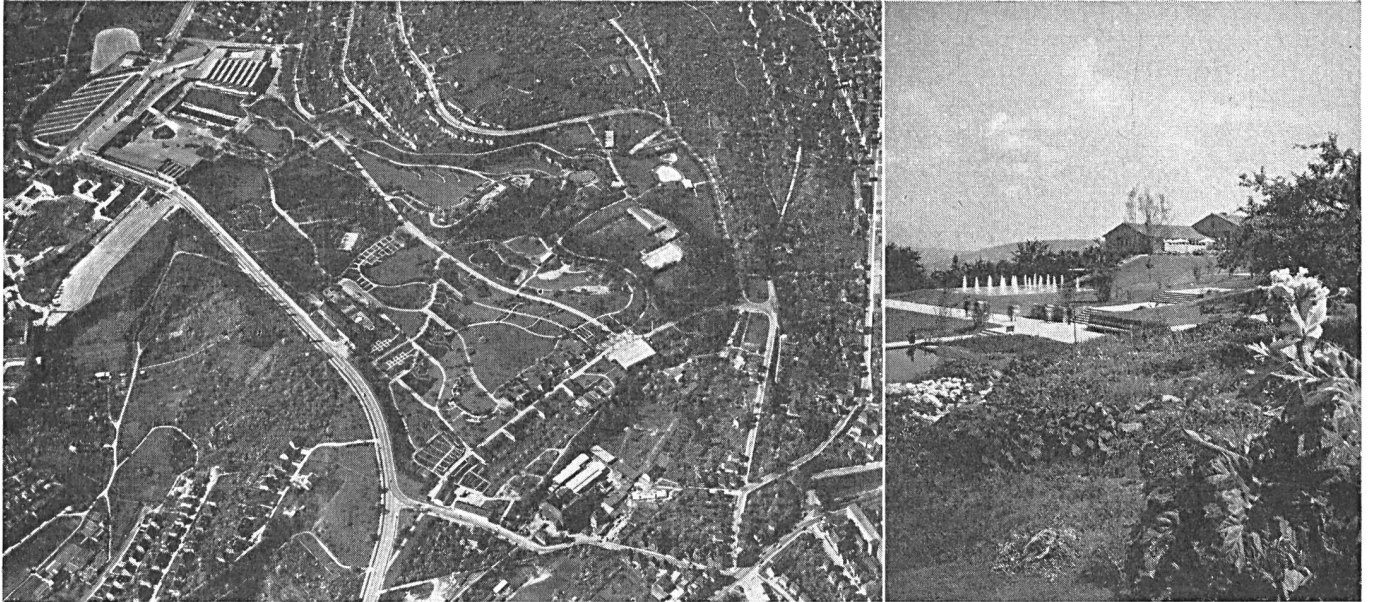


Abb. 1. Stuttgart 1950: Bundesgartenschau - Exposition fédérale d'architecture paysagère - Federal Exhibition of Landscape architecture.
 1a. Killesberg. 1b. Gartenschau.

Anziehung aus und werden sehr gut besucht. Der Leistungswettbewerb im Freiland hingegen, der sich auf Baumschulerzeugnisse, Stauden, Sommerblumen, Blumenzwiebeln und -knollen erstreckt, trägt sowohl besondere Möglichkeiten wie auch Gefahren in sich. Vorteilhaftige Möglichkeiten ergeben sich insoweit, als die Aussteller bestrebt sind, ihr bestes Pflanzenmaterial zur Schau zu stellen. Die Gefahren wiederum liegen in der Tatsache, dass zu viel Material angeboten wird. Hier muss das Können des verantwortlichen Gartenarchitekten einsetzen. Der Rosengarten in Hannover, in dem 130 der neueren weltbesten Rosensorten ausgestellt waren, war hierfür beispielhaft. Er fügte sich in den Gesamtrahmen ein, und der Besucher wurde noch durch die einzelne Rose und nicht nur durch die Fülle der Blüten angesprochen. Der Gestalter muss das Pflanzgut verkraften, ohne den übergeordneten Gesamtplan zu gefährden. Er muss aber auch die Kraft haben, ein «Nein» zu sagen, wenn die Grenze überschritten ist und die Masse an Pflanzen die Gestaltungsidee zu erdrücken beginnt. In diesem

Falle kann es richtiger sein, in einem abseitigen Sonderquartier ausserhalb der eigentlichen Grünanlagen das Zuviel an Material in einer echten Vergleichsschau aufzupflanzen. Die Sonderschau der Baumschulerzeugnisse in Hamburg kann hier als ein gutes Beispiel genannt werden.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass die künstlerische Leistung, die sich in der Gartengestaltung und Grünplanung ausdrückt, zwangsläufig beeinträchtigt wird durch publikumswirksame «Attraktionen», die erforderlich erscheinen, um Besucherzahl und Einnahmen zu heben. Dies können z. B. Schwebelbahnen, Kleinbahnen, Mammüt-Wasserspiele, Feuerwerke und ähnliches mehr sein; erstere werden in grossflächigen Gartenschauen als tatsächliches Verkehrsmittel benötigt. Auch hier muss vom Gestalter erwartet werden, dass er die Grenze des Möglichen erkennt und die eigentlichen gartenkulturellen Aufgaben nicht zu stark überschatten lässt.

Schliesslich obliegt dem verantwortlichen Gestalter die schwierige Aufgabe, die vielen einzelnen Leistungen

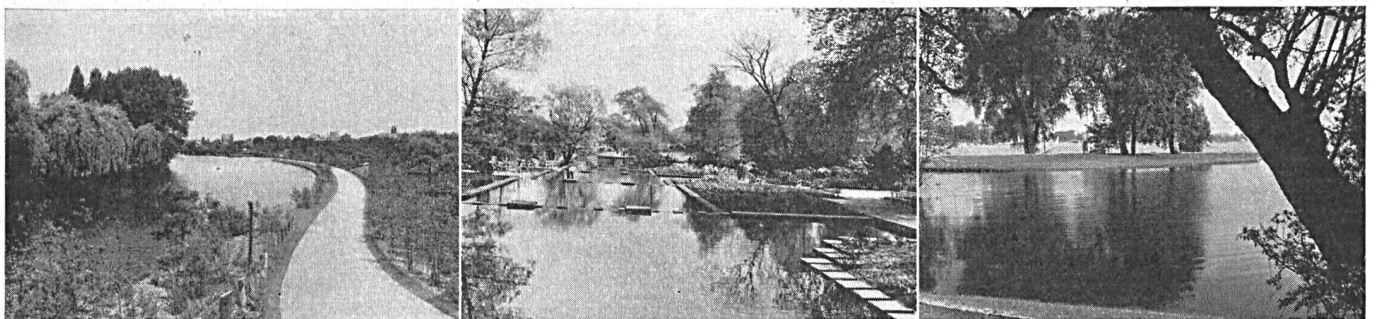


Abb. 2. Hamburg/Hambourg 1953: Bundesgartenschau. - Exposition fédérale d'architecture paysagère. - Federal Exhibition of Landscape architecture.

2a. Alster-Wanderweg als Grünverbindung
 Innenstadt - Landschaft.

2b. Wassergärten.

2c. Neue Grünflächen an der Aussenalster.

von künstlerischen Persönlichkeiten zu einem Gesamtkunstwerk zusammenklingen zu lassen. Der freie Beruf der Gartenarchitekten soll an der Planung einer Gartenschau und ihrer Detailaufgaben weitgehend beteiligt werden. Daher muss der verantwortliche Dirigent die Leitung des «Orchesters» fest in der Hand behalten. Wieweit sich die Solisten aus dem Ensemble herausspielen dürfen, so sagt Prof. *Hermann Mattern* sehr treffend, «entscheidet das Werk selbst in der Auffassung des Dirigenten. Ihm obliegt es, alle selbständigen Musikanten mit eigener Sprache und Ausdrucksform in die Gesamtkonzeption würdig einzubauen». Die Gartenschau in Stuttgart 1950 war hierfür ein schönes Beispiel.

Die Gartenschauen und ihre Auswirkungen auf die Grünplanung

In den meisten Fällen war es das besondere Anliegen der Städte, eine durch den Krieg weitgehend zerstörte Grünfläche wieder herzustellen (z. B. Stuttgart mit 50 ha, Hannover mit 22 ha, Essen mit 60 ha und Kassel mit 50 ha). Hiermit sind Grünanlagen inmitten der Städte oder doch so stadtnahe angelegt worden, dass sie der Bevölkerung zur Erholung dienen. In besonderem Masse gilt dies für den im dichtbesiedelten Industriegebiet gelegenen Grugapark in Essen, dem unentbehrlichen «Wohngarten des Reviers». Mit dem Ausbau der Gartenschauen sind oft mehrere vorhandene Grünanlagen miteinander verbunden worden, so dass sie ihren Wert als städtebauliches Grossgrün und ihren Charakter als dauerhafte Grünanlage gefestigt haben. Im Zusammenhang mit der Gartenschau wurde zumeist auch das übrige Stadtgrün ausgebaut. Als besondere Leistung muss die Grünanlage an der Aussenalster in Hamburg herausgestellt werden, in der auch die vielbeachtete Sonderschau «Plastik im Freien» aufgebaut war. Die früher in Privatbesitz befindlichen Grundstücke am Alsterufer wurden von der Stadt aufgekauft und zu einer geschlossenen öffentlichen Grünfläche gestaltet. Damit ist ein städtebaulicher Grundsatz, die Ufer freizuhalten und durch Wanderwege der Bevölkerung zu erschliessen, verwirklicht worden. Die radiale Führung der Anlage ermöglicht es, dass man nunmehr von der Binnenalster, also dem Herzen Hamburgs, an der Aussenalster entlang bis an die Grenzen der Stadt durch Grünanlagen gehen kann.

Eine ähnliche radiale Grünverbindung unter Ausnutzung der natürlichen Gegebenheiten besitzt auch Kassel in der durch die Gartenschau neugestalteten Karlsau des Fuldatales; sie reicht ebenfalls bis in den Kern der Stadt hinein. Mit dem eigentlichen Ausstellungsgelände unmittelbar im Zusammenhang steht die neue grüne Uferpromenade entlang der Fulda und die Gestaltung des Uferhöhenrandes. Die neue «Treppenstrasse», eine städtebaulich interessante Erschliessung und Bebauung eines Hanges, führt mit ihren vielen kleinen Grünanlagen vom Bahnhof direkt zum Hauptingang der Gartenschau. Schliesslich war die Stadt in ihrem Wiederaufbau bestrebt, die natürlichen Adern,

die sich in zahlreichen kleineren Bachläufen anbieten, soweit wie möglich freizulegen und als Grünverbindungen mit Fusswegen auszubauen.

Die besondere städtebauliche Leistung der Bundesgartenschau in Köln liegt in der Tatsache, dass eine der wenigen noch offenen Uferstrecken des Rheins im Bereich der Stadt davor bewahrt worden ist, industriell überbaut zu werden. Der rechtsrheinische, zwischen Strom und Hochwasserdamm entstandene neue Rheinpark hat die Reste des alten Auenwaldes aufgenommen, hat die Stadtteile Deutz mit Mühlheim verbunden und ist damit zum Herzstück eines 15 km langen grünen Uferweges — als Ausgang eines angestrebten grossen Rheinufer-Wanderweges — geworden. Mit dem neuen Rheinpark werden aber auch der innere und der äussere Grüngürtel der Stadt, die unter dem damaligen Oberbürgermeister von Köln, Dr. *Konrad Adenauer*, angelegt wurden, auf der Ostseite des Rheins ergänzt. Auch in Köln war die Bundesgartenschau Anlass, das gesamte Grünflächensystem der Stadt zu ergänzen und zu verbessern. Die Begrünung von fünf grossen Trümmerbergen ist ein Beitrag zu den radialen Grünverbindungen, die von aussen in die Stadt hineinführen. In der Innenstadt sind viele kleine Gartenhöfe entstanden. Als hervorragendes Beispiel, wie auch die eigentliche «City» mit Grün durchdrungen werden kann, soll die Anlage am Kaiser-Wilhelm-Ring hervorgehoben werden. Inmitten von hohen Häusern, zwischen dem tosenden Verkehr von Strassenbahnen und Kraftwagen ist hier eine grüne Insel mit Bäumen und Sträuchern, Blumen und Rasen, Wasserspielen und Sitzplätzen entstanden, die wirklich zum Ausruhen einladet.

Zukünftige Gartenschauen und ihre Aufgaben

Im Jahre 1959 werden Dortmund, 1961 Stuttgart und 1963 Hamburg Gartenschauen und -ausstellungen veranstalten. Weitere Städte stehen bereits in den vorbereitenden Verhandlungen. Verantwortliche Grünplaner in Deutschland machen sich seit längerer Zeit ernste Gedanken über den weiteren Weg der Bundesgartenschauen. Die Gestaltung einer Dauergrünanlage allein kann den kulturellen und grünpolitischen Aufgaben einer Bundesgartenschau nicht gerecht werden. Interessante Ansätze auf dem Gebiet des Friedhofes und des Kleingartens waren in Hannover, Essen, Kassel und Köln zu erkennen, von denen besonders die neuen Wege in Kassel zu einer fruchtbaren Diskussion anregten. Es erhebt sich die Frage, ob man nicht einmal die brennenden zeitgemässen Grünaufgaben und -probleme überhaupt zum Inhalt einer Gartenschau machen kann und soll. Hierzu gehören die Probleme des öffentlichen Grüns in seiner ganzen Breite (Spiel-, Sport- und Badeanlagen, Bürgergärten, Gartenschulen, Krankenhaus- und Kindergärten, Friedhöfe u. a. m.) und nicht zuletzt auch die Grünfragen, die sich aus den verschiedenen Wohnformen, wie Hochhaus, Reihenhäuser, Eigenheim und Kleinsiedlung ergeben. Richtungsgebende Beispiele könnten dazu beitragen, Klarheit zu geben und Wege zu weisen, die auch wirtschaftlich

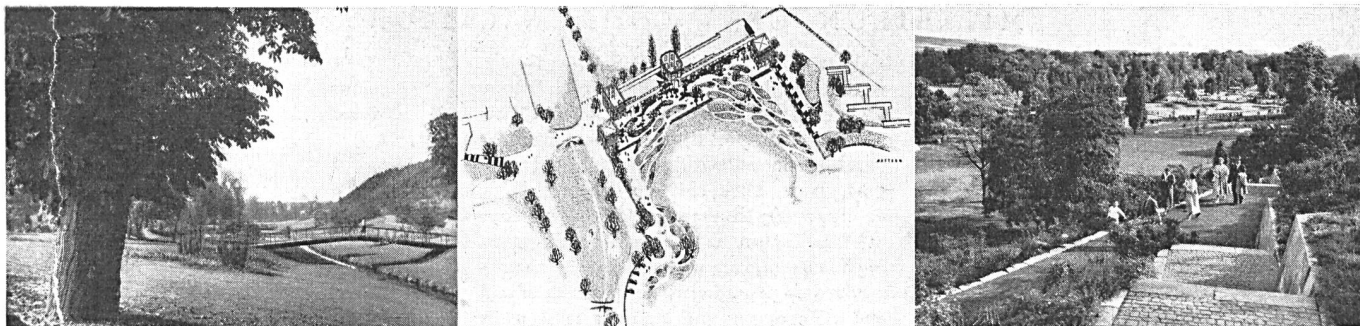


Abb. 3. Kassel 1955: Bundesgartenschau. - Exposition fédérale d'architecture paysagère. - Federal Exhibition of Landscape architecture.
 3a. Drusenbach-Grünverbindung, rechts begrünte Trümmerschüttung. 3b. Orangerie und Blumenwiese. 3c. Blick vom Rosenhang.

tragbar sind. Weiter muss eine Gartenschau dem Gartenfreund Anregungen geben, wie er seinen Garten sinnvoll gestalten kann und welche neuen Pflanzenzüchtungen und Baustoffe für seinen Garten geeignet sind. Schliesslich muss eine Gartenschau dazu beitragen, den Menschen der Großstadt und der Industrie über die Pflanze und den Garten wieder zur Natur zurückzuführen. Um nun für die künftigen Bundesgartenschauen neue wertvolle Anregungen zu erhalten, sollen nunmehr Stufenwettbewerbe ausgeschrieben werden, d. h., dass zunächst ein offener Ideen-Wettbewerb veranstaltet wird, dem dann ein beschränkter Ausführungs-Wettbewerb unter den Preisträgern folgen soll.

Wie eingangs dargelegt, ist eine Gartenschau auch auf finanzielle Einnahmen angewiesen, die etwa den Ausgaben entsprechen sollen. Damit ist manchen guten Absichten von vornherein die Grenze gesetzt; es sei denn, es liessen sich andere Möglichkeiten der Finanzierung finden. Dennoch kann man an der Forderung nicht vorbeigehen, die vordringlichen Aufgaben genannter Art zu behandeln. In Dortmund als Stadt des Industrieviers — die Phönixhütte steht als mahnende Kulisse am Rande des Gartenschaulandes — stehen viele soziale Probleme an, die berücksichtigt werden wollen. Es ist bekannt, dass der unter Tage arbeitende Bergmann das betonte Bedürfnis hat, ein eigenes Heim

mit eigenem Garten zu besitzen. Daher wird die Gartenschau Dortmund z. B. eine Kleinsiedlung mit etwa 18 Einheiten und weiter eine grössere Anzahl Eigenheime mit Gärten darstellen. Der Kleingarten wird in einer Musteranlage behandelt, wie auch einige punktartige Hochhäuser mit ihren Grünanlagen gezeigt werden sollen. Welche Bedeutung dem öffentlichen und privaten Grün des Industrieviers zukommt, kann man ermessen, wenn man die vorhandene Waldfläche mit der Wohndichte in einen Vergleich setzt. Während im Mittel des Bundesgebietes bei einer Einwohnerdichte von rund 200 Menschen je Quadratkilometer noch 1400 m² Wald je Einwohner entfallen, sind es im engeren Ruhrgebiet zwischen Duisburg und Dortmund bei rund 2500 Menschen je Quadratkilometer nur noch 170 m² Wald je Einwohner. Jeder Baum und Strauch hat hier seine Aufgabe, sei es auch nur als Filter gegen Lärm, Rauch und Staub, zu erfüllen. Die Menschen sind hier besonders dankbar, wenn ihnen mit Hilfe des Grüns ein menschenwürdiger Lebensraum und ausreichende Erholungsgebiete geschaffen werden. Die rund 50 ha umfassende Gartenschau Dortmund 1959 soll, und das ist ihre weitere städtebauliche Aufgabe, eine Verbindung von der Innenstadt über vorhandene Grün- und Waldflächen zum stadtfernen Erholungsgebiet um die Hohensyburg herstellen.

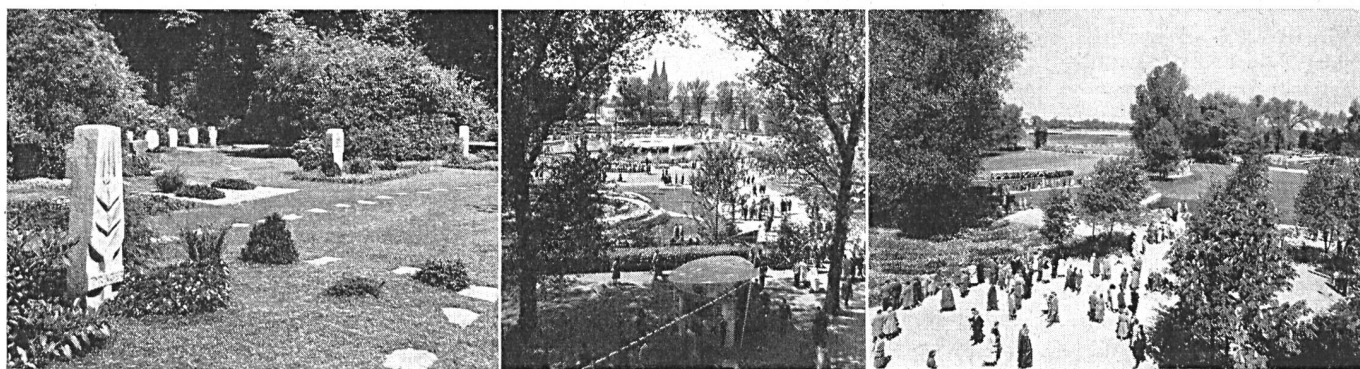


Abb. 4. Köln/Cologne 1957: Bundesgartenschau. - Exposition fédérale d'architecture paysagère. - Federal Exhibition of Landscape architecture.
 4a. Muster-Friedhof. 4b. Blick zum Dom. 4c. Blick zum Rhein.